

HELMUT SCHOLZ

Die Partei der Europäischen Linken

Einige Aspekte ihrer Entwicklung

Vieles was sich in den letzten Jahren an bemerkenswerten Entwicklungen in der Zusammenarbeit unterschiedlicher linker Parteien in der Europäischen Union und darüber hinaus getan hat, was sich mit der Gründung und den ersten praktischen politischen Schritten der Europäischen Linken (EL) heute an breiten gesellschaftlichen Erwartungen an dieses neuartige Projekt linker Gesellschaftspolitik verbindet, ist ohne Kenntnis der »Vorgeschichte« gar nicht so leicht nachzuvollziehen. Deshalb zuerst ein Blick zurück.

Vorgeschichte

Vor nunmehr sieben Jahren, im Juni 1998, trafen sich in Berlin Persönlichkeiten und politische Aktivistinnen und Aktivisten einer Reihe von linkssozialistischen, kommunistischen und rot-grünen Parteien in der Europäischen Union, um am Vorabend der 1999er Wahlen zum Europäischen Parlament über neue Formen und Wege der Kooperation nachzudenken. Viele Parteien der transformatorischen europäischen Linken waren nach einer Phase schwieriger Neubestimmung ihrer Politik in der Zeit nach den Umbrüchen von 1989/1990 – und zwar im Osten und Westen, Norden und Süden des europäischen Kontinents – zu der Auffassung gelangt, dass es an der Zeit wäre, ein Mehr an konkreter Zusammenarbeit zu schaffen, um diesem Teil der europäischen Linken ein gemeinsames Profil zu verleihen.

Im Ergebnis des Treffens wurde im Januar 1999 in Paris von dreizehn europäischen Linksparteien erstmals ein gemeinsam erarbeiteter Aufruf an alle in der EU lebenden Menschen zu den Europawahlen verabschiedet. Darin formulierten die beteiligten Linksparteien gemeinsame Ziele und Eckpunkte für ein soziales und ökologisches, ein demokratisches, ein solidarisches und friedliches Europa. Ein Eckpunkteprogramm für ihr Zusammenwirken in der EU. Nach den Wahlen im Juni 1999 entstand daraus die konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament (EP).

Der damalige PDS-Vorsitzende Lothar Bisky (heute Vorsitzender der »Linkspartei.PDS«) hatte beim erwähnten Berliner Treffen erklärt, über die bisherigen Formen der parlamentarischen Kooperation im Europäischen Parlament und im sich seit 1991 entwickelnden Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) hinaus über neue Wege gemeinsamer politischer Arbeit nachzudenken. Unabhängig davon, wie einzelne Parteien ihr Verhältnis zur Europäischen Union und den ablaufenden Integrationsschritten bestimmen. In Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen, bis in die Gegenwart nachwirkenden konkreten historischen Erfahrungen der Zusammenarbeit der Linken. Aber warum sollte nicht die »europäische Linke« auch über das Zusammengehen in eine europäische Partei nachdenken.

Neben dieser gemeinsamen parlamentarischen Arbeit hatte sich bereits Anfang der 90er Jahre eine Zusammenarbeitsstruktur von sich als rot-grün verstehenden Parteien herausgebildet, die für sich sagten: der Zusammenbruch des staatssozialistischen Versuchs kann es nicht gewesen sein, die Geschichte des Sozialismus ist keinesfalls am Ende angelangt. Vielmehr sehen wir völlig neue Wege und Chancen. Und wir sehen in der Zusammenführung der sozialen und der ökologischen Dimension die eigentliche Herausforderung und Aufgabe für linke Parteien, wenn es um die Erarbeitung eines neuen politischen Anspruchs auf Ausgestaltung eines sozial gerechten Gesellschaftsmodells geht. Als Parteien, die sich konsequent als emanzipatorische, d.h. jeglichen Avantgardeanspruch ablehnende Linke selbst definierte. So entstand das sogenannte Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) / New European Left Forum. Die PDS wurde 1995 Vollmitglied dieser Diskussionsplattform interessierter linker Parteien, in der heute 14 Parteien und 4 Beobachterparteien vor allem aus den skandinavischen, mittel- und westeuropäischen Ländern zusammentreffen. Gemeinsam ist den Parteien dieses Netzwerks der Bruch mit dem Stalinismus und mit dem Modell der »Partei neuen Typs«, die kritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, innerparteilich-

cher Pluralismus und das Ziel eines demokratischen Sozialismus. Diese Kräfte sehen sich als kapitalismuskritische, antikapitalistische Linke, die eine Transformation der Gesellschaft aus ihrem heutigen Zustand heraus anstreben, die sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit, die Verteidigung des Sozialstaates, die Umverteilung des Reichtums, für Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung, für nachhaltige Entwicklung, für mehr Demokratie, für eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter, für ein offenes Europa vielfältiger Kulturen einsetzen. Diese Sicht auf gesellschaftliche Veränderung hat in dem Begriff der transformatorischen Linken Ausdruck gefunden. Die lockere, flexible Form des Netzwerks war – nach den Erfahrungen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung der Vorwendezeit – für viele damals und ist für manchen bis heute die unserer Zeit adäquate Art und Weise des Zusammenwirkens linker Kräfte. Andererseits haben gerade die Erfahrungen des NELF bei vielen Parteien mit der Zeit den Wunsch nach mehr Zusammenarbeit geweckt.

Nun zurück zur Politik der Europäischen Linken.

Die Vorbereitung der Gründung

Auf Einladung der griechischen Koalition der Linken und Bewegungen SYNASPISMOS wurde Mitte März 2003 ein am Rande der NELF-Treffen in Kopenhagen und Paris (2002) übernommener und verabredeter Arbeitsauftrag umgesetzt: aktiv für die Schaffung einer europäischen Linkspartei zu wirken. Es folgten im gleichen Jahr weitere Arbeitstreffen einer sogenannten Initiativgruppe, auf denen über Entwürfe für ein politisches Grundlagendokument (Programm) als auch die notwendige Struktur und Geschäftsgrundlagen (Statut) beraten wurde. Diese Initiativgruppe vereinbarte als wesentliches Grundmerkmal der Arbeit: offen und transparent für alle zu sein, die sich daran beteiligen wollen, ohne aber, wie so oft in der Geschichte der Linken, das Projekt als solches immer wieder zu hinterfragen. Prinzipiell und in allen politischen Debatten ging es in der Initiativgruppe immer um das Wie, nicht mehr um das Ob.

Im Januar 2004 schließlich fand in Berlin ein Treffen von Parteien statt, die mit einem gemeinsamen Aufruf an alle interessierten europäischen Linksparteien die Initiative zur Gründung der Partei der Europäischen Linken auslösten. Diesem Aufruf schlossen sich 11 Parteien an; andere auch in Berlin anwesende Parteien-VertreterInnen erklärten, dass sie diesen Prozess aktiv beobachten wollen. (Berliner Aufruf vom 10./11. Januar 2004 – www.sozialisten.de/international).

Das in Berlin bereits beschlossene Athener Folgetreffen der Initiativgruppe (alle die Berliner Initiative unter-

zeichnenden Parteien, offen zugleich für interessierte Beobachterparteien) verständigte sich dann bereits im Februar d. J. auf die Einberufung des Gründungskongresses für Mai 2004 nach Rom.

Die Gründung der EL

Am 8. und 9. Mai 2004 – symbolträchtig von der Linken verkoppelt der Tag der Befreiung bzw. des Sieges über den Hitlerfaschismus mit dem EU-weiten Europatag – sind diese Parteien von der Initiative zur Tat geschritten: die Partei der Europäischen Linken wurde in Rom gegründet. Ca. 200 Delegierte von 19 Parteien aus 15 Ländern Europas nahmen daran teil. Anwesend waren Gastdelegationen von 23 linken Parteien aus aller Welt. Dieser bedeutsame Akt wurde demokratisch, würdig und in einer begeisternden Atmosphäre vollzogen. Der Kongress beschloss einstimmig die Gründung der Partei. Er verabschiedete mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen Programm und Statut sowie ein Finanzkonzept der Organisation. Erster Vorsitzender wurde Fausto Bertinotti (PRC – Italien), Schatzmeister Pedro Marset (Vereinigte Linke – IU – Spanien). Für diese Funktionen gilt das Rotationsprinzip. Die Mitgliedsparteien entsandten je eine Vertreterin und einen Vertreter in den Vorstand der Partei, die der Kongress einstimmig bestätigte. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte nach 1989 verfügt die Linke Europas damit über eine gemeinsame Organisation – ein wahrhaft historischer Augenblick.

Ein bemerkenswerter Schritt in politisches Neuland, der einerseits die unterschiedlichen, bis in die Gegenwart nachwirkenden konkreten historischen Erfahrungen der Zusammenarbeit der Linken berücksichtigt und achtet. Und zugleich neue Formen, Strukturen und Wege für ihr gemeinsames politisches Arbeiten eröffnen will.

Die EL hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt 15 Mitglieds- und 8 Beobachterparteien mit zusammen mehr als 400.000 Mitgliedern. Programm, Statut, Reden und Diskussionsbeiträge auf dem Gründungskongress weisen sie als demokratische, transparente, offene und emanzipatorische Linkspartei aus, die sich auf gemeinsame politische Aktionen für ein soziales, demokratisches, ökologisches, friedliches und weltoffenes Europa, auf enge, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien, Gewerkschaften, sozialen und Friedensbewegungen sowie Nichtregierungsorganisationen orientiert. Zugleich ist sie politisch nicht beliebig: innere Demokratie, Selbständigkeit der Parteien in ihrer nationalen Politik und Antistalinismus gehören zum Grundkonsens (siehe auch die nunmehr gemeinsam – vorerst vorwiegend in Englisch, künftig durch das demokratische eigenverantwortliche Mitwirken

aller interessierten Parteien in den jeweiligen Landessprachen gestaltete Homepage der EL: www.european-left.org).

Die beteiligten Parteien sagen: wir linke Parteien tun etwas für die aktive Gestaltung eines demokratischen, sozialen, friedlichen, solidarischen und Umwelt bewahrenden Europa im globalen Kontext. Wir beteiligte Parteien am Projekt der EL hören auf, uns mit uns zu beschäftigen, ideologische Schlachten um die Einheit und »Reinheit« der linken Reihen zu schlagen. Vielmehr wollen und werden wir im Hier und Heute den in Europa lebenden Menschen konkret Antwort stehen zu ihren Fragen, Sorgen und Nöten um Arbeitsplatz, Bildungschancen, Rentenversorgung, Gesundheit usw. Wir wollen durch überzeugende politische Angebote den Menschen Mut machen, sich nicht vor dem schier allmächtigen neoliberalen Zeitgeist zu verstecken; das Heil nicht in der Flucht in das eigene Überleben zu suchen, sondern ihnen politische Unterstützung zu geben, sich für sich und – solidarisch mit der und dem anderen in der Kommune, der Region, im Heimat- und Mutterland, in der EU, im globalen Sinne – gegen die Vermarktung von allem und jedem, gegen gnadenlose Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Die Partei der Europäischen Linken geht mit ihrem emanzipatorischen, politischen Anspruch zurück zu Marx: sie will auch im Rahmen der Europäischen Union, der kapitalistischen Strukturen in Europa die gesellschaftlichen Bedingungen für menschliche Selbstverwirklichung verändern helfen. Als politischer Akteur, als selbstbewusster Partner von Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen, menschen- und bürgerrechtlichen Initiativen.

Neue Hoffnungen

In der PDS und innerhalb der politisch Linken in Deutschland hatte der Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken Interesse, Zustimmung und neue Hoffnungen ausgelöst. Gerade unter jüngeren engagierten Menschen findet der Gedanke einer gemeinsamen Partei der Linken in Europa große und beachtete Resonanz. Und das verspüren wir auch aus anderen Ländern, z.B. durch Anfragen und Zuschriften aus London und Glasgow, Warschau und Sofia, aus Ländern in denen die EL bislang noch keine Mitgliedsparteien hat.

Von Anfang an bestand Konsens darin, dass die gemeinsame Arbeit an der Schaffung einer Linkspartei die Einbeziehung der Mitgliedschaft der Parteien erfordert; alle konkreten politischen Schritte mit ihnen und mit vielen möglichen Sympathisantinnen und Sympathisanten zu beraten sind. Zugleich berührt diese Europäische Linke,

die sich als neues eigenständiges politisches Subjekt gesellschaftlicher Entwicklung sieht, das sehr sensible Feld der Souveränität und Eigenständigkeit der Parteien. Das hat eben – dies möchte ich als Mitglied einer Partei, die sich aus der SED heraus neu formiert hat, betonen – gerade auch im europäischen Maßstab sehr viel zu tun mit den negativen Erfahrungen einer politischen Praxis, die in der gegenseitigen Zusammenarbeit weniger gleichberechtigte Kooperation, sondern eher Bevormundungen aus »Moskau« und anderen Zentralen regierender Staatsparteien in der Zeit der Ost-West-Blockkonfrontation sah. Was sehr viel auch zu tun hat mit Versuchen eigenständiger Entwicklungswege (Stichwort: Eurokommunismus), mit den Ereignissen in Ungarn 1956, Prag 1968 und Afghanistan 1978 und den damit verbundenen Kontroversen in der internationalen Linken. Es berücksichtigt auch die Prozesse um das Entstehen neuer emanzipatorischer demokratischer Linksparteien, die sich in ihren Ländern einen geachteten Platz in der Gesellschaft beim Ringen um Alternativen erarbeitet haben.

Ein offenes Projekt

Die Dynamik der nunmehr gut einjährigen Erfahrungen praktisch-politischer Arbeit der EL seit ihrer Gründung hat weitere Diskussionen in den Linksparteien in Europa über ihr Verhältnis zueinander befördert, weil mit der EL eine Entscheidungssituation herbeigeführt worden ist. Diese Entscheidungssituation bündelt Zustimmung und Widersprüche innerhalb der heterogenen linken Parteien und Bewegungen. Die Linke in Europa besteht auch heute aus unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen politischen und sozialen Formationen, unterschiedlich in Politik, Programmatik und Weltanschauung, unterschiedlich in ihrer Verankerung und regionalen Bindung, unterschiedlich in ihren Erfahrungen und in ihrer Einstellung zur EU. Kann sie da in eine Partei passen? Ist die Einheit der Linken real?

Es geht in diesen – europäischen – Debatten also auch um die Frage: wer kann und soll Mitglied sein, wie konkret muss das Profil werden und wie garantieren die nationalen Mitgliedsparteien die innerparteiliche demokratische Meinungsbildung und Unabhängigkeit in einer solchen europäischen Dachorganisation, die mehr sein soll als eine sogenannte Umbrella-Organisation. Die sich bewusst – an ein berühmtes historisches Vorbild anlehnd – als Assoziation europäischer Linksparteien – mit Mitgliedsparteien und Beobachterparteien – definiert. Es wird von uns abhängen, von der realen demokratischen Mitarbeit der Parteimitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der einzelnen EL-Parteien, deutlich zu zeigen, dass die Zeit für die EL-

Gründung reif war und wie diese Initiative zur Zusammenarbeit der Linken beiträgt.

Im ersten Jahr haben wir uns in der EL den gemeinsamen Standpunkt erarbeitet: Diese Partei muss ein offenes Projekt sein, offen für alle, die sich diesem politischen Projekt anschließen wollen. Also auch im strukturellen internationalen Rahmen einen emanzipatorischen Ansatz für das Zusammenwirken bilden und keine zentralistische Veranstaltung zu sein.

Jede Partei und politische Organisation kann selbstbestimmt entscheiden, wie sie sich zur EL verhält. Das kann und will ihr niemand abnehmen. Und zugleich will und muss die Partei der Europäischen Linken fähig zu Dialog und zu gemeinsamen Aktionen bleiben. Und sie muss mit den realen Erfahrungen und Vorstellungen der beteiligten Parteien behutsam und gleichberechtigt umgehen: deshalb bildet sie sich aus Gründen des Pragmatismus und des Realismus vorerst im Raum der Europäischen Union – inkl. der europäischen Länder, die mit der EU assoziiert bzw. bereits vertraglich eng verbunden sind (z.B. Norwegen, die Balkan-Länder, Schweiz, Türkei). Zum einen, weil bei weitem noch nicht alle Linksparteien Europas zu einem weiter gehenden Schritt bereit sind. Zum anderen, weil die Umbruchsituation, in der sich die EU gegenwärtig befindet (sie muss den Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten verkraften und ist dabei, entscheidende Entwicklungslinien der Zukunft in einer Verfassung festzuschreiben) von der Linken eine enorme Konzentration der Kräfte und Anstrengungen erfordert, um bei dieser strategischen Weichenstellung ihren Einfluss geltend zu machen. Wird diese doch Auswirkungen auf ganz Europa haben. Zum Dritten schließlich, weil der Beitritt zu einer gemeinsamen Organisation mit allen Konsequenzen für das Selbstverständnis einiger Parteien ein so unerhört tiefer, schwerwiegender Einschnitt ist, dass die Debatten darüber zuweilen zu echten Proben auf Stabilität und Reife gieren.

So weit sind wir heute. Und es wird auch künftig immer wieder um diese Fragen gehen, je mehr wir uns miteinander auf uns einlassen. Deshalb sei nochmals auf die Losung hingewiesen, die auf den Wänden des Tagungssaales von Rom in vielen Sprachen zu lesen war: »Ce n'est qu'un début!« – »Das ist nur der Anfang!« sprang es den Teilnehmern mit dem Schwung der Pariser Studenten von 1968 entgegen. Soll heißen: Da kommt etwas nach! Politisch und territorial. Die Partei der Europäischen Linken lässt daran keinen Zweifel. Heißt es doch in ihrem Programm: »Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent ... zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.«

Konkrete Politikangebote

Unbedingt hervorzuheben ist aber in jedem Fall: der EL geht es vorrangig um konkrete Politik, um das Eingreifen in heutige gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Gerade deshalb wollen wir uns als Partei der Europäischen Linken künftig auf der Ebene der real existierenden Europäischen Union artikulieren. Und gemeinsam das Erarbeiten notwendiger konkreter Vorschläge für eine andere EU, ein anderes Europa vorantreiben, um Widerstand zu Sozial- und Demokratieabbau in politische Alternativen zu lenken. Warum sollte diese Partei nicht den gemeinsamen politischen Nenner finden und bestimmen können? Nicht den kleinsten (wie es oftmals Praxis war und ist bei internationalen Begegnungen und auf Zusammenkünften linker Parteien zu dem einen oder anderen Thema und den dabei parteidiplomatisch ausgehandelten Erklärungen, Communiqués etc... – losgelöst von den realen Erwartungen und Fragen derer, für die die Linke Alternative Politik gestalten will), sondern angesichts des GAU neoliberaler Gesellschaftszerstörung den größten möglichen – um erfolgreich als eigenständige politische Kraft Partner der sozialen Bewegungen zu sein. Um als beachteter Akteur europäische Politik zu beeinflussen und zu verändern. Angesichts der Kraft und Tradition sowie der Erwartungen der europäischen Arbeiter-, Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung(en) ist es höchste Zeit, dass die politische Linke dieser Verantwortung gerecht wird. Wir wollen zum Formulieren und Realisieren politischer Strategien beitragen. Das ist zweifellos die zentrale Herausforderung an linke Parteien in der EU und in Europa in einer Situation, in der sich das neoliberale Denken in den Köpfen scheinbar immer mehr breit gemacht hat. In einer Situation der scheinbaren Alternativlosigkeit zu kapitalistischer Marktlogik, zu Kostensenkungen und so begründetem rigiden und unverschämten Sozialabbau, ja zur ökonomischen Marktverwertung der gesamten Gesellschaft. Deshalb bestimmte der Vorstand der EL zwei Hauptaufgaben für 2005: Erstens die Unterstützung der Kampagnen der EL-Mitgliedsparteien zu den Referenden über die EU-Verfassung. Und dies verbindet die EL mehrheitlich mit einem Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag. Was sie zweitens mit der unmittelbaren Aufgabe betraut, auf dem bevorstehenden 1. Kongress der EL im Oktober d.J. in Athen sehr substantiell, weil politisch verantwortungsbewusst, konkrete Alternativen für das andere Europa, das sich grundsätzlich der neoliberalen Politikzwänge entledigt, das die weit reichende demokratische Teilhabe aller in der EU lebenden Menschen ermöglicht und garantiert, in die öffentliche demokratische Debatte in Europa einzubringen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den Zusammenhang zu anderen politischen Kooperationsformen der linken Parteien in der EU, in Europa verwiesen: in verschiedenen Ländern Europas – wohl in den meisten – konkurrieren unterschiedliche Kräfte auch auf den Seiten der Linken bei den Europawahlen miteinander. Dies wirkt sich natürlich auch auf den Formierungsprozess der Linken aus. Und so wird selbstbewußt auf verschiedene Formen und Strukturen orientiert. Deshalb wird neben dem Prozess der weiteren Herausbildung der Partei der Europäischen Linken auch die bisherige Zusammenarbeit in der konföderalen GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament fortgesetzt. Zu dieser Vielseitigkeit gehört auch die Kenntnisnahme des seit dem Florenzer Europäischen Sozialforums 2002 initiierten Prozesses der Europäischen Antikapitalistischen Linken, ein ausschließendes Projekt gegenüber jenen linken Parteien, die keine strukturellen Begrenzungen ihrer, aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus zu organisierenden gesellschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus vornehmen, z.B. die Bereitschaft, unter bestimmten sich konkret ergebenden Bedingungen auch in einem kapitalistischen Staatsgefüge in der einen oder anderen Form Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch das Fortsetzen der Kooperation im Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) und mit der Nordischen Grün-Linken Allianz (NGLA), die ihrerseits Interesse an einer intensiven Kooperation mit der EL unterstreicht.

Neue Fragen

Wir haben mit der EL tatsächlich nicht nur Neuland betreten, sondern müssen nun wichtige – hinsichtlich der Parteienkooperation durchaus neue – theoretische, bisher so praktisch noch nicht realisierte Fragen neu durchdenken und diskutieren: wie gehen wir in einer europäischen Partei miteinander um, wenn mehrere linke Parteien aus einem Land – z.T. auch konkurrierend im jeweiligen nationalen Kontext – gemeinsam in einer europäischen Kooperationsform arbeiten und zum Herausbilden eines eigenständigen politischen Profils einer solchen Partei beitragen wollen. Das betrifft dann organisatorische wie auch finanzielle Fragen.

Wie nehmen wir Einfluss darauf, dass der EL-Gründungskonsens, mehr zu sein bzw. zu werden als eine »klassische« Dachorganisation von kooperierenden Parteien, ein gemeinsames politisches Verständnis zu erreichen, gemeinsame strategische Optionen und entsprechende politische Schritte beim Einflussnehmen auf die Veränderung der gesellschaftlichen Realitäten in Europa, der EU und ihren Mitgliedsländern abzustocken, realisiert werden kann, wo doch durchaus

unterschiedliche Antworten zu jeweiligen nationalen Problemen gegeben werden.

Dazu gehört das weitere Ausloten der im Statut verankerten Möglichkeit, nicht nur die Mitgliedschaft von Parteien, sondern auch die von Einzelpersonen in der EL zuzulassen. (Da keine endgültige Einigung erzielt werden konnte, wurde im Statut festgelegt, diese Möglichkeit versuchsweise für den Zeitraum von zwei Jahren einzuräumen und nach gründlicher Auswertung eine endgültige Entscheidung zu treffen. Bis dahin soll jede Partei selbstständig über das geeignete praktische Vorgehen in ihrem Lande entscheiden.)

Mit dieser strukturellen Eigenheit will die EL interessierten Menschen den Eintritt in die Partei ermöglichen, wenn sie in EU-Ländern ohne Mitgliedspartei der EL leben oder einer Mitgliedspartei in ihrem eigenen Lande aus irgend einem Grunde nicht beitreten wollen. Wie kann und soll sich aber nun künftig das demokratische Verhältnis von Kollektivmitgliedern mit ihrer jeweiligen Mitgliedschaft zum neu geschaffenen und Attraktivität besitzenden »Instrument« einer Einzelmitgliedschaft verhalten, insbesondere in den Ländern, wo die EL noch über keine Mitgliedsparteien oder andere interessierte Partnerorganisationen verfügt? Und nicht nur dort: auch in den Ländern mit Mitgliedsparteien sind diese vom EL-Vorstand aufgerufen eine individuelle Mitgliedschaft für Menschen, die sich zu einer Mitarbeit in der nationalen Partei (noch) nicht durchringen konnten, zu ermöglichen... Es geht dabei um mehr als nur organisatorische oder finanzielle Regelungen, sondern um die demokratische, weit gefächerte Debatte der politischen Ausstrahlungskraft der EL.

Die EL hat im ersten Jahr auch die ersten Voraussetzungen für eine rasche Aufnahme der praktischen Tätigkeit geschaffen. Die EL hat ein eigenes Büro in Brüssel, ist mit modernen Kommunikationssträngen öffentlich erreichbar (e-mail-Adresse: info@european-left.org) und arbeitet gegenwärtig (s.o.) an der eigenständigen multilingualen Homepage (www.european-left.org).

Der EL-Vorstand hat sich als Leitungsgremium zusammengefunden und versucht, gerade die praktische politische Arbeit der EL zu organisieren. Arbeitspläne für 2004 und 2005 konnten vereinbart werden, und durch die Verschränkung der vertikalen Leitungsstrukturen (Vorstand und Rat der Parteivorsitzenden – wie im Statut beschlossen) mit sich herausbildenden horizontalen Arbeitsstrukturen, die von der Eigenaktivität und dem Engagement der Mitglieder der EL leben, kann und soll sukzessive eine lebendige Organisation entstehen.

Das Leben der EL wird sich stets im Spannungsfeld von Entscheidungen der Leitungsgremien sowie Aktionen und Forderungen der Basisorganisationen und Mitglieder vollziehen. Unter letzteren besteht ein großes Bedürfnis nach Entwicklung von horizontalen Kontak-

ten und Zusammenarbeit. So gibt es bereits ein Frauennetzwerk (EL-FEM), eine Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik, ein Netzwerk von Abgeordneten unterschiedlicher Ebenen der EL-Parteien (ParlaCon), und im Aufbau sind weiter auf einzelnen Politikfeldern agierende Arbeitsgruppen oder auch zu Querschnittsfragen sich zusammenfindende Netzwerke.

Gemeinsame Aktionen

Bemerkenswert ist, dass sich wie im Programm der Partei der Europäischen Linken – trotz der Differenziertheit der beteiligten linken Parteien in Europa – auch in den ersten gemeinsamen Aktivitäten der EL ein erhebliches Maß an Gemeinsamkeiten widerspiegelt. Was unter anderem eindrucksvoll in der Teilnahme am 3. Europäischen Sozialforum in London, am WSF in Porto Alegre zum Ausdruck kam. Oder bei den eigenständigen politischen Aktionen der EL – gemeinsam durchaus auch mit Gewerkschaften und zahlreichen neuen sozialen Bewegungen – z.B. bei den EU-weiten, breiten Protesten sowohl in der »EU-Hauptstadt Brüssel« als auch in den EU-Mitgliedstaaten gegen die neoliberal durchdeklinierte so genannte Bolkestein-Richtlinie der EU (europäischer Gesetzestext zur weiteren Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen), diesen bisher brutalsten Angriff der herrschenden neoliberalen Eliten aus Wirtschafts- und Finanzkreisen der nach betriebswirtschaftlichen Kriterien international funktionierenden Großunternehmen sowie der mit ihnen verbundenen politischen Entscheidungsträger in den Mitgliedsländern der EU und in der Brüsseler EU-Kommission.

Wie auch im konsequenten Eintreten gegen eine militärisch dominierte Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union – all das und vieles mehr sind Bindeglieder und schnell gemeinsam zu vereinbarende zentrale Eckpunkte für das politische Wirken der in der EL vereinigten Mitglieds- und Beobachterparteien.

Diese Gemeinsamkeiten liegen vor allem in der Politik, in der Hinwendung zu außerparlamentarischen Bewegungen und weniger in der Ideologie und der geschichtlichen Verortung. Das macht Mut.

Die Partei der Europäischen Linken will ein anderes Europa, – ein Europa, das Nein sagt zu Krieg und Aufrüstung. Die Europäische Linke ist eine Anti-Kriegs-Linke;

– ein Europa, das den Sozialstaat verteidigt und erneuert, Reichtum, Macht und Einfluss umverteilt. Die Europäische Linke ist eine Linke der sozialen Gerechtigkeit;

– ein Europa der vielfältigen Kulturen, der Freiheit des Geistes, ein weltoffenes Europa. Die Europäische Linke ist eine kulturelle Linke, die Geschichtsrevisionismus zurück weist, weil sie fähig ist, mit ihrer eigenen Geschichte respektvoll und kritisch umzugehen;

– ein weltoffenes Europa, das der kapitalistischen Globalisierung Widerstand leistet. Die Europäische Linke ist kapitalismuskritisch und antikapitalistisch und strebt eine Transformation der Gesellschaften über die Herrschaft des Kapitals hinaus an;

– ein demokratisches Europa. Die Europäische Linke will die Politik aus den Hinterzimmern der Macht wieder in die Gesellschaft, auf die Plätze und Straßen, in den Diskurs der Bürgerinnen und Bürger zurückholen, sie ist Teil von Bewegungen und sie ist Partei, ihre Mitgliedsparteien wirken in Parlamenten und Regierungen, in Initiativen und im außerparlamentarischen Protest, sie ist Gegenmacht und Gestaltungskraft. Und damit durchaus Rechnung zu tragen bereit ist, was politische Parteien im breiten gesellschaftlichen Diskurs auszeichnet: verlässlicher Partner für die Menschen auf der politischen Ebene zu sein.

Mit dieser Grundpositionierung hat sich die EL auch gegen das EU-Vertragswerk für eine Verfassung für Europa ausgesprochen und die Kampagnen der Mitgliedsparteien jener Länder, in denen die Bevölkerung in Referenden ihre Teilhabe an der perspektivischen Ausgestaltung Europas realisieren konnte, unterstützt. Für die EL war und ist es in diesem Zusammenhang wichtig herauszuarbeiten, dass die EU-Integration durchaus eine Antwort auf die Herausforderungen einer globalisierten Ökonomie sein kann und muss. Zugleich muss auf der EU-Ebene eine Politik gestaltet werden, die – die Belange dieser Globalisierungsprozesse im heutigen Leben der Menschheit berücksichtigend – alternative politische Wege für ein sozial und ökologisch gerechtes Zusammenleben der Menschen nicht nur aufzeigt, sondern durch wirkliche Veränderungen der heutigen politischen und ökonomischen Realitäten der EU ermöglicht. In dieser Hinsicht hätte Teil III der EU-Verfassung mehr leisten müssen und bleibt sowohl hinter den Erfordernissen als auch den Möglichkeiten zurück: Bleiben doch in den vergemeinschafteten Politikbereichen der EU alle wichtigen Bestimmungen und Orientierungen auf dem Niveau des Nizza-Vertrages und damit die künftig konstitutionell gefassten Gemeinschaftspolitiken neoliberalen Politikmustern verhaftet. Das ist in großem Maße dem die Entstehung der Verfassung bestimmenden Kräfteverhältnis zuzuschreiben, das neoliberal bestimmt war – und dem nur ein stärkeres linkes Engagement beim Aufzeigen realer Alternativen auf nationaler wie europäischer Ebene von Anfang an ausreichend Widerstand hätte bieten können. Die Integrationslogik der EU bleibt hinter den Erfordernissen einer Neubestimmung des europäischen Integrationsgeschehens zurück.

Für die EL ergibt sich über das Nein zur Verfassung hinaus ein sehr konkreter Handlungsbedarf, wie unter den aktuellen Herausforderungen eines stockenden und

widersprüchlichen Ratifizierungsprozesses der EU die Transformation der vertraglich fixierten bestehenden EU hin zu einem sozial und demokratisch neu verfassten Europa erfolgen kann. Das schafft in der gegenwärtigen Situation der Ratifizierungsdebatte zweifellos auch Chancen, in der Debatte um künftige Entwicklungslinien der EU die politische Dimension der EU-Integration von links wieder zu gewinnen. Und das ist allemal für 2005 und 2006 akuter Handlungsbedarf für die EL.

Dieses Thema wird deshalb auch politischer Mittelpunkt des ersten Kongresses der Europäischen Linken im Oktober sein, in dessen intensiver Vorbereitung die EL-Mitgliedsparteien stecken. Bis Ende Oktober, wenn

in Athen die jeweils 12 Delegierten der Mitgliedsparteien der EL die bisherige Arbeit, die ersten Erfahrungen bilanzieren und künftige strategische Optionen der Partei der Europäischen Linken beraten werden, ist noch eine Menge zu tun.

Motto der beteiligten Parteien ist und bleibt: Krempeln wir gemeinsam die Ärmel hoch: Carpe diem!

Helmut Scholz ist Mitglied des Vorstands der Partei der Europäischen Linken, Internationaler Koordinator und Leiter des Referats Internationale Verbindungen / Internationale Politik beim PV der Linkspartei.PDS

Mitgliedsparteien der Europäischen Linken

Partei	Mitgliederzahl	Ergebnis bei der letzten Parlamentswahl
Linkspartei.PDS, Deutschland	70.000	4,0 %
Estnische Linke	1.200	0,4 %
Kommunistische Partei Frankreichs	135.000	5,0 %
Koalition der Linken, des Fortschritts und der Bewegungen – Synaspismos, Griechenland	16.000	3,3 %
Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC), Italien	86.000	6,0 %
Kommunistische Partei Österreichs	3.000	0,8 %
Linksblock, Portugal	3.500	6,38%
Sozialistische Allianzpartei, Rumänien	60.000	1,8 %
Kommunistische Neugründung San Marinos	100	3,0 %
Partei der Arbeit der Schweiz	3.000	1,8 %
Kommunistische Partei Spaniens		
Vereinigte und Alternative Linke Kataloniens (EUiA), Spanien	65.000	5,3 %
Vereinigte Linke (IU), Spanien		
Partei des Demokratischen Sozialismus, Tschechische Republik	400	1 %
Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei	14.000	2,9 %

Stand: Mai 2004

Quellen: Neues Deutschland, Berlin, 10.05.2004; www.euroleft.org (Stand: 3. August 2005)

Beobachterparteien der Europäischen Linkspartei

Rot-Grüne Einheitslisten, Dänemark
 Deutsche Kommunistische Partei
 Kommunistische Partei Finnlands
 Die Linke, Luxemburg (Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt)
 Kommunistische Partei der Slowakei
 Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, Tschechische Republik
 Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL), Zypern

Resultate von Mitglieds- und Beobachterparteien der Europäischen Linkspartei bei den Europa-Wahlen 2004

Partei	Stimmenzahl	Prozent	Sitze
Deutsche Kommunistische Partei	37.160	0,1	-
Linkspartei.PDS, Deutschland	1.579.109	6,1	7
Estnische Linke	1.057	0,5	-
Kommunistische Partei Finnlands	10.134	0,6	-
Kommunistische Partei Frankreichs	900.503	5,2	3
Koalition der Linken, des Fortschritts und der Bewegungen – Synaspismos, Griechenland	250.202	4,2	1
Partei der Kommunistischen Neugründung, Italien	1.971.700	6,1	5
Die Linke, Luxemburg	18.316	1,7	-
LINKE (Bündnis incl. KP Österreichs)	19.031	0,8	-
Linksblock, Portugal	167.032	4,9	1
Kommunistische Partei der Slowakei	31.908	4,5	-
Gemeinsame Liste der Vereinigten Linken / Grüne, Spanien	636.458	4,2	2
KP Böhmens und Mährens, Tschechische Republik	472.862	20,3	6
Partei des Demokratischen Sozialismus, Tschech. Rep.	1.709	0,07	-
Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei	56.211	1,8	-
Fortschrittspartei des werkt. Volkes (AKEL), Zypern	93.212	27,8	2

Quelle: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (Hamburger Skripte 10),
 Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V., Hamburg 2004, S. 28.